

# „Neuen Möglichkeiten der Online-Kommunikation für Bürgerbeteiligung in der Landschaftsplanung“

Sebastian Krätzig

Institut für Umweltplanung, Leibniz Universität Hannover

Januar 2015

Welche Chancen für die Bürgerbeteiligung bieten neuen Möglichkeiten der Online-Kommunikation? Dieser Beitrag präsentiert und diskutiert hierzu am Beispiel der Evaluation des Interaktiven Landschaftsplans Königslutter am Elm neue Entwicklungen und bewertet sie hinsichtlich ihrer partizipativen Reichweite und Anwendungsmöglichkeiten.

## 1 Einleitung

Heute ist der einfache webbasierte Zugang zu digitalen Daten in Umweltbelangen üblicher Standard, wird mittlerweile von der (Fach-)Öffentlichkeit erwartet und ist z.T. sogar rechtlich vorgegeben. Hinzu kommen die neueren Entwicklungen rund um E- und Open Government (vgl. Galler 2015 [Link] in diesem Band). Das Verwaltungshandeln soll insgesamt offener und bürgernäher gestaltet werden; technische Innovationen zum Einbeziehen der Bevölkerung genutzt werden, auch für Planungsprozesse wie die Landschaftsplanung (vgl. Beus 2010; Brüggemeier 2006; Lucke und Reiner mann 2000; Kubicek 2010). Die Prinzipien der Transparenz und Einbeziehung der Bevölkerung sind Grundvoraussetzungen, um einen partizipativen Diskurs zu unterstützen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen informiert, aktiviert und ihre Eigenmotivation für ein Engagement geweckt werden, noch bevor bestimmte Naturschutzmaßnahmen oder Projekte die formalen Entscheidungsprozesse erreichen.

Die Wirklichkeit sieht aber häufig noch anders aus. Entweder werden neue Möglichkeiten für digitale Bürgerbeteiligung nicht angeboten oder die Angebote werden wie im Interaktiven Landschaftsplan Königslutter von der breiten Bevölkerung kaum angenommen (vgl. Krätzig/von Haaren 2015 [Link] in diesem Band). Um dieses Beteiligungsdefizit zu bearbeiten, sind von technischer Seite aus viele neue Möglichkeiten entwickelt worden. Diese werden im Folgenden aufgezeigt und diskutiert, vor allem aber in Hinsicht auf ihre partizipativen Potentiale betrachtet.

## **2 Die Technik macht vieles möglich – Veränderungen bei den Kommunikationsformen**

Zunächst werden an dieser Stelle die neuen technischen Entwicklungen rund um Partizipation durch Online-Kommunikation kurz angerissen. Diese stehen natürlich nicht für sich allein, sondern gehen mit neuartigen Nutzungen einher, die im zweiten Schritt beleuchtet werden.

Der Interaktive Landschaftsplan Königslutter am Elm von 2002-2007 (Haaren et al. 2005; Oppermann 2008; Oppermann et al. 2007) hat nach dem damaligen Stand der Technik Möglichkeiten und Grenzen für den Einsatz neuer Medien in der Landschaftsplanung aufgezeigt. Er diente der Planungspraxis als Beispielprojekt, wie interaktive Landschaftsplanung umgesetzt werden kann. Seither haben rasante Weiterentwicklungen im Bereich der neuen Medien und der damit verbundenen Technologien stattgefunden. Um die genannten Beteiligungsansprüche erfüllen zu können, sind technische Lösungen notwendig, wie sie insbesondere neue Formen der Online-Kommunikation und des Web 2.0 bieten, ohne herkömmliche Kommunikationsformen wie Bürgerversammlungen aufzugeben. Aber die transparente Bereitstellung umfassender Umweltinformationen und die intensive Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten sind ohne eine Nutzung neuer Medien kaum denkbar.

Neben den Möglichkeiten der frühzeitigen und umfassenden Informationsbereitstellung sind es insbesondere soziale Medien im Internet und die immer stärkere Verbreitung mobiler Endgeräte/Apps, die eine umfassendere Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern und dieser untereinander ermöglichen. Die Verwaltungswissenschaft weist z.B. darauf hin, dass Web 2.0-Anwendungen einen Teil zum Wandel der Verwaltungskultur beitragen können. So könne durch die Anbindung von E-Government-Angeboten an soziale Medien ein schneller und unkomplizierter Wissens- und Interessenaustausch mit Bürgern und Stakeholdern stattfinden (vgl. Schulz et al. 2012: 230).



**Forschungsteam Umweltplanung Hannover**


Ihre Meinung ist uns wichtig! Wir sind ein Forschungsteam der Universität Hannover, das von 2002-2005 den interaktiven Landschaftsplan in Königslutter begleitet hat. Heute würden wir gerne etwas über den Bekanntheitsgrad der damals umgesetzten Maßnahmen in der Landschaft erfahren.


Der Dorfteich Rottorf, der an der Landesstraße 644 und Kreisstraße 9 liegt, wurde 2006 im Rahmen dieses Landschaftsplans für Mensch und Tier umgestaltet. Ost- und Südufer wurden abgeflacht und die Pappeln gefällt, damit andere einheimische Gehölze sich ausbreiten konnten. Das Westufer wurde als beruhigtes Brut- und Rückzugsgebiet für Vögel entwickelt. Durch einen Graben sollte dieser Bereich vor dem Betreten geschützt werden. Die Bilder zeigen das Südufer einmal vor dem Abflachen und einmal nach den Umbaumaßnahmen.

Nun sind sieben Jahre vergangen. Unsere Fragen sind:

1. Ist Ihnen diese Umgestaltung bekannt?
2. Haben Sie den Teich nach der Umgestaltung genutzt?

 Gefällt mir nicht mehr · Kommentieren · Beitrag nicht mehr folgen · Teilen · 13. Juli um 10:38

 Dir und 4 weiteren Personen gefällt das.


 19 weitere Kommentare anzeigen

Abb. 1: Informationen und Fragen über eine umgesetzte Maßnahme am Dorfteich Rottorf, die in eine öffentliche Diskussionsgruppe über Königslutter bei Facebook eingestellt wurden (eigene Abbildung, vgl. Krätzig/Warren-Kretzschmar 2014).

Soziale Medien wie Facebook, Twitter etc. bieten grundsätzlich verschiedene Intensitätsstufen der Partizipation. Häufig werden folgende fünf genannt (vgl. Krätzig/Warren-Kretzschmar 2014: 244):

- „Zuhören bzw. Mitlesen“, um einem Diskurs zu folgen,
- „Bekanntmachen“, also Aufmerksamkeit z.B. für Naturschutzmaßnahmen oder andere Planungsaktivitäten erzeugen,
- „Partizipieren“, also sich an einem Diskurs direkt durch eigene Beiträge beteiligen,
- „Inhalte teilen“, um konkrete Fakten z.B. über Naturschutzmaßnahmen zu publizieren,
- und „eine Community aufbauen“, also eine informelle Gruppe zu formen, die sich relativ regelmäßig austauscht und engagiert.

Ein großer Vorteil für Verwaltungen durch die Nutzung verschiedener dieser Partizipationsstufen kann darin bestehen, dass sie über soziale Netzwerke mit relativ geringem Aufwand eine große Gruppe der Bevölkerung über relevante Themen oder Fortschritte bei der Planung informieren können. Außerdem können sie Diskussionen von

Bürgerinnen und Bürgern verfolgen und sich dazu äußern bzw. auf Kommentare direkt reagieren. Hinzu kommt, dass gerade der Moment des Aktivierens der Bevölkerung eine wichtige Nutzungsmöglichkeit darstellt. Da Nutzer aus verschiedenen Öffentlichkeiten miteinander vernetzt sind (vgl. Pentzold et al. 2014: 32), können Inhalte über das Teilen theoretisch schnell eine sehr große Verbreitung erfahren. Dies wird auch als „virale Kommunikation“ bezeichnet (vgl. Kanter/Fine 2010).

Ein solcher Austausch bietet sowohl für die Verwaltung die Möglichkeit, mit der Bevölkerung in Interaktion zu treten, als auch für die Bevölkerung die Möglichkeit, sich selbst aktiv einzubringen. Hierfür wird häufig das sog. „Crowd Sourcing“ genannt. Hierbei sollen aus einer möglichst großen informellen Nutzergruppe spezifische Informationen gesammelt werden, die diese freiwillig zusammenträgt. Ein Beispiel für dieses Zusammentragen von lokalem Bürger-Wissen sind die von Verwaltungsseite initiierten zahlreichen Lärmaktionsplanungen vieler deutscher Großstädte (vgl. Galler et al. 2014: 77). Hierbei lassen die Städte mithilfe von interaktiven Karten im Internet, auf denen Lärmpunkte markiert werden können, die relevanten Lärmpunkte von der Bevölkerung zusammentragen und erstellen aufgrund von Bewertungen durch die Nutzer ein Ranking. Auf dieser Grundlage planen die Städte dann entsprechende Maßnahmen, um die stärksten Lärmbelastungen nach ihrer Priorität in der Bevölkerung zu lindern.



Abb. 2: Von Bürgern eingetragene Lärmpunkte während der Lärmaktionsplanung in Dortmund (Quelle: [https://www.domap.de/wps/portal/laermaktionsplan/buerger\\_forum](https://www.domap.de/wps/portal/laermaktionsplan/buerger_forum)).

Ein Beispiel für eine bottom-up Initiative eines Crowd Sourcings ist WikiWoods. Hierbei kommen auch die Aspekte eines „eCampaignings“ und „Crowdfundings“ zum Tragen. Über



eine Online-Plattform vernetzen sich ehrenamtliche Naturschützer und regionale Partner (z.B. Förster), tauschen sich über Naturschutzwissen aus und organisieren Baumpflanzaktionen. Hierfür nehmen sie Spenden über entsprechende Crowdfunding-Portale ein (vgl. Frost/Breaux 2013).

Ein weiterer Aspekt ist die zunehmende Fähigkeit, z.B. Daten über bestimmtes Freizeitverhalten und entsprechende Nutzungen von Natur und Landschaft zu sammeln. Ein Beispiel hierfür ist das sog. „Tracking“. Viele Bürger nutzen die Landschaft und damit verbundene Ökosysteme in ihrer Freizeit. Mittels Tracking können individuelle Nutzungen besser erfasst, kommuniziert und ausgewertet werden. So können Wanderrouten erfasst und bspw. mithilfe einer Humansensorik, die auf Stress reagiert, hinsichtlich ihrer Schwierigkeit ausgewertet werden (vgl. Zeile et al. 2013). Aber auch ohne eine solche Humansensorik können individuelle Nutzungen georeferenziert erfasst und von den Nutzern selbstständig mittels Online-Karten und Smartphone übermittelt werden. So könnten Nutzungszahlen erhoben und vor allem zusammengeführt werden. Die auf solche und ähnliche Weise gesammelten Daten können wiederum dafür genutzt werden, um mit Bürgerinnen und Bürgern über die Nutzung der sie unmittelbar umgebenden Landschaft zu kommunizieren.

Die gezielte Anwendung von Visualisierungen für die Entwicklung von Szenarien und Planungsvarianten gehörte schon zum Interaktiven Landschaftsplan in Königslutter (vgl. Warren-Kretzschmar 2015 [Link] in diesem Band). Diese haben sich ebenfalls weiterentwickelt und können heute deutlich besser in integrierte Systeme übertragen werden, die Szenarientwicklung unter Einbindung von Stakeholdern und Bevölkerung und damit eine verbesserte Entscheidungsunterstützung anbieten (vgl. z.B. Evers et al. 2012; Eikelboom/Janssen 2012).

### **3 Veränderungen der Nutzung neuer Kommunikationsformen – Was geschieht in der Praxis?**

Die Bedeutung der technischen Entwicklung wird aber maßgeblich von der Nutzung der neuen Möglichkeiten determiniert, die an eine Pendelbewegung zwischen demokratischen Ansprüchen und demokratischen Defiziten erinnert. Drei Aspekte beeinflussen dabei die Art der Nutzung aktuell am stärksten:

(1) Es gibt in der Bevölkerung ein stetiges Bedürfnis nach Beteiligung und Einbezug in Entscheidungsprozesse der Planung (vgl. Othengrafen/Sondermann 2015).

Einige Autoren sprechen im Zusammenhang von diesem Anspruch und den Entwicklungen rund um Online-Kommunikation von einer individuellen „Form der Selbstermächtigung“ (Marg et al. 2013: 280), die bspw. mittels dem Organisieren von Wissen und Engagement durch Crowd Sourcing und sozialen Medien erreicht werden kann.

Auch die wissenschaftliche Diskussion um planungsbezogene Kommunikation hat sich dadurch wieder deutlicher in Richtung einer Stärkung der lokalen Demokratie und Inklusion entwickelt (vgl. Selle 2013: 3).

(2) Andererseits ist festzustellen, dass gerade über die sozialen Medien häufiger alltägliche Themen diskutiert werden und seltener politische. Es bildet sich eine „persönliche

Öffentlichkeit“ aus, die die Herstellung kohärenter Kommunikationsräume erschwert (vgl. Pentzold et al. 2014: 32, 34).

Dies kann an folgendem Beispiel erläutert werden: In den sozialen Medien wie Facebook oder Twitter werden von Privatpersonen meistens individuelle Erlebnisse und Erfahrungen geteilt und diskutiert. Dies können dabei durchaus planungs- oder naturschutzrelevante Informationen sein, z.B. individuelle Nutzungen bestimmter Ökosysteme. Um diese Interaktionen aber in eine breitere gesellschaftliche Debatte einfließen zu lassen, müssen sie in zusammenhängende Kommunikationsräume überführt werden. Die sozialen Medien bieten hierzu durch ihre Funktionalitäten des Teilens und Verknüpfens Möglichkeiten an. Diese müssen aber von einer ausreichenden Anzahl Nutzern auch angewandt werden, wofür ein implizit geteilter Konsens über eine Relevanz des jeweiligen Themas nötig ist. Ansonsten verbleibt zu viel in einzelnen „persönlichen Öffentlichkeiten“.

(3) Wird aber aus Einzelbeiträgen eine breitere Öffentlichkeit, dann können „Dynamiken entstehen, welche die vormals isoliert voneinander geführten Gespräche zu größeren und gesellschaftlich einflussreicheren Öffentlichkeiten verbinden.“ (Pentzold et al. 2014: 33) Eine solche Chance auf „öffentliche Anschlusskommunikation“ (ebd.: 34) bzw. „virale Kommunikation“ zu relevanten Themen ist durch die Möglichkeiten des Internets und insbesondere der sozialen Medien bei allen Hürden aber viel stärker gegeben als mit den klassischen Medien. „[M]it dem Web 2.0 [ist] zum ersten Mal eine massenhafte Nutzung gemeinschaftlich geteilter, interaktiver Medien nicht nur möglich, sondern wirklich“ (Jacob und Thomas 2014: 35).

Das gesellschaftliche Potential für Partizipationsprozesse und eine Stärkung der Organisationsfähigkeit von Engagement und Initiativen, das im Internet steckt, lässt sich folgendermaßen auf den Punkt bringen: „Die Struktur des Datennetzes ermöglicht eine andere Form der Distribution von Informationen[...]. Ohne physische Präsenz zeigen zu müssen, kann man online recht einfach aktiv werden: In Blogs und sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter werden Themen diskutiert, Links zu Kampagnenseiten, zu Live-Mitschnitten von Veranstaltungen oder thematisch orientierten Wikis gesetzt und verbreitet. [...] Gerade mit der wachsenden Zahl von Netzanwendern brechen sich im und durch das Internet mittlerweile Themen Bahn, die bislang für die politische Öffentlichkeit eher nachrangig waren.“ (Marg et al. 2013: 266) Dieser Netzwerk-Effekt kann dazu führen, dass Themen oder einzelne Themensetzer eine breite Unterstützung erfahren. Andersherum kann durch ein Ausschöpfen aller im Netz zur Verfügung stehender Ressourcen eine kurzfristige Aktivierung der Bevölkerung oder zumindest bestimmter Bevölkerungsgruppen erreicht werden (vgl. ebd.: 280).

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Internet und digitale Gesellschaft“ schreibt zum Potential des Internets für Partizipation, dass das Informieren und frühzeitige Einholen von Meinungen im Mittelpunkt stehen, dass aber eine Beteiligung über reines Informieren hinausgeht. „Es wird [...] deutlich, dass mit dem Internet erstmals ein Medium zur Verfügung steht, das die Aggregation vieler Einzelmeinungen und –strömungen von Bürgern erlaubt.“ (Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft": 94) Das Internet biete dabei ein hohes Maß an Unmittelbarkeit und Interaktion.

Dies gilt natürlich nur für diejenigen Bürger, die auch online sind. Zudem ist die Aggregation von Einzelmeinungen hier zunächst nur ein abstrakter Gedanke, der in der Praxis recht herausfordernd ist, wenn man alleine an die Flut an Kommentaren in den sozialen Medien

oder auf großen Nachrichtenseiten denkt. Im Bericht der Enquete-Kommission wird außerdem kritisch angemerkt, dass es durch die Online-Kommunikation zu keiner messbaren Verbreiterung der Partizipationsbasis kommt. „Vielmehr nutzen diejenigen, die sich bereits auch schon bisher für bestimmte Themen interessiert und sich eingebracht haben, nun verstärkt auch die Möglichkeiten, die das Internet dazu bietet.“ (ebd.: 96)

Anschaulich macht dies z.B. das öffentliche Beteiligungsverfahren um die Errichtung des Nationalparks in Rheinland-Pfalz. Von Praktikern aus der Ministerialverwaltung wird berichtet, dass die interessierten Bürgerinnen und Bürger über ihre informellen Kommunikationswege z.B. bei Facebook wesentlich schneller bei der Informationsverbreitung waren als die Verwaltung über ihre Wege mit der Homepage des Ministeriums. Andererseits wurden in den offiziellen Blogs auf der Ministeriumshomepage kaum neue Informationen durch die Bevölkerung genannt, die nicht auch schon bei den zahlreich veranstalteten Bürgerversammlungen an die Verwaltung formuliert worden waren.

Zudem wird immer wieder berichtet, dass weiterhin nur eine kleine Minderheit der Nutzer selber Inhalte einstellt und bearbeitet. In den großen „Mitmachportalen“ Wikipedia und YouTube sind 94 bzw. 89 % der Besucher passive Nutzer (vgl. Marg et al. 2013: 273). Dieses Phänomen lässt sich als „90-9-1-Regel“ auch auf Bürgerbeteiligung im Internet wie im Beispiel des Projekts „Liquid Friesland“ übertragen. Auf dieser offenen und transparenten Plattform für Bürgerbeteiligung in der Kommunalpolitik des Landkreises Friesland sind ca. 90 % der Menschen meistens nur Beobachter, ca. 9 % nutzen hin und wieder verschiedene Interaktionsmöglichkeiten, aber nur 1 % gehören zu den wirklich intensiven Nutzern.<sup>1</sup>

Außerdem ist auch die Bürgerbeteiligung im Internet von vielen Unregelmäßigkeiten, Ungleichverteilungen und neuartigen Zugangshürden geprägt, die man aus der herkömmlichen Offline-Bürgerbeteiligung so nicht kennt. Die häufig anzutreffende „Portal-Rallye“ (vgl. Brüggemeier 2006: 38), also die Zersplitterung und Diversifizierung von Informations- und Beteiligungsangeboten im Internet, kann dazu führen, dass die Nutzer schnell den Überblick und die Motivation verlieren. Auch ein potentiell Übergewicht von individuellen Äußerungen gegenüber Ansichten und Meinungen von Gruppen wird festgestellt (vgl. Leistert 2013: 43 f.).

Daher darf bei all den neuen Möglichkeiten nicht vergessen werden, dass es nach wie vor konventioneller Kanäle zur politischen Beteiligung bedarf. Der Austausch im Internet darf nicht ohne die Welt außerhalb gedacht werden. Es gibt nicht nur die sog. „Digital Natives“, die die Zeit ohne Wikipedia, YouTube und Smartphones (fast) nicht mehr kennen. Zwar umfasst diese Gruppe der digital Souveränen und intensiven Nutzer des Internets nach einer Milieutypologie von Sinus bereits 41 % der deutschen Bevölkerung ab 14 Jahren. Die Mehrheit der Bevölkerung gehört aber noch nicht zu dieser Gruppe. 20 % der Bevölkerung sind Menschen, die erst mit der Zeit und sehr selektiv in die Anwendung neuer Medien hineinwachsen. Weitere 39 % sind sog. „Digital Outsiders“, die entweder gar nicht online oder im Umgang mit dem Internet äußerst unsicher sind (vgl. DIVSI 2012; [Oppermann 2015 in diesem Band](#)).

Dennoch kann festgestellt werden, dass insbesondere durch den rasanten Anstieg der Nutzerzahlen mobiler Endgeräte, von denen von unterwegs aus das Internet genutzt werden

---

1

[http://www.mitarbeit.de/fileadmin/inhalte/02\\_veranstaltungen/forum\\_bb\\_2013\\_praesentation\\_ambrosy.pdf](http://www.mitarbeit.de/fileadmin/inhalte/02_veranstaltungen/forum_bb_2013_praesentation_ambrosy.pdf)

kann (allein innerhalb von 2012 auf 2014 von 23 % auf 50 %<sup>2</sup>, vgl. van Eimeren und Frees 2013: 371), die beiden Sphären der digitalen, virtuellen und der realen Welt immer näher zusammen rücken; der Austausch wird leichter und die Nutzungsintensität steigt an. Die Mitwirkung über das Internet ist flexibel, schnell und wirksam, wenn sie richtig organisiert wird.

#### **4 Diskussion – Wie sind diese Veränderungen hinsichtlich Bürgerbeteiligung und demokratischen Prinzipien zu bewerten?**

Die Entwicklungen rund um Web 2.0, Soziale Medien und Online-Kommunikation können im Hinblick auf Beteiligung nach folgenden Kriterien bewertet werden: (1) demokratiebezogene Kriterien, (2) sozio-technische Kriterien und (3) projektbezogene Kriterien (vgl. Macintosh/Whyte 2008: 20 f.).

- (1) Sind die Anwendungen kompatibel mit und rückgekoppelt an die repräsentative Demokratie? Fördern sie die lokale Identität, den Austausch und das bürgerschaftliche Engagement? Sind sie inklusiv gestaltet, fördern Gleichbehandlung und transparente Entscheidungsfindung?
- (2) Sind die Informationen gut verfügbar und nützlich, transparent und verständlich? Ist das Angebot einfach, übersichtlich und konsistent? Findet eine adressatengerechte, skalierbare und zeitnahe Kommunikation statt?
- (3) Werden Ideen, Meinungen und implizites (lokales) Wissen geteilt und genutzt? Wird auf die Akzeptanz der Bürger hinsichtlich der Technik, des Vorgehens sowie der Ergebnisse gesetzt? Findet eine kosteneffiziente Analyse und entscheidungsrelevante Auswertung der Informationen sowie eine transparente und nachvollziehbare Darstellung der Ergebnisse statt?

Die sozio-technischen und projektbezogenen Kriterien unter (2) und (3) sind sehr projektabhängig. Einmal ist die technische Umsetzung entscheidend, so z.B. bei der Frage, ob die Informationen verständlich aufbereitet sind. Zum anderen ist das Projektmanagement entscheidend, wie z.B. mit den Ergebnissen einer Beteiligung umgegangen wird. Zwar sind außerdem die demokratiebezogenen Kriterien unter (1) im konkreten Fall vom Projektmanagement abhängig, aber einzelne von ihnen können auch allgemein bewertet werden. Denn gerade die Rückkopplung an die repräsentative Demokratie (Responsivität) und die Inklusivität stellen mit Blick auf die normativen Ziele einer Bürgerbeteiligung eine Schwachstelle der neuen Online-Kommunikation dar:

Während den politischen Offline-Aktivitäten maßgeblich das Motiv zugrunde liegt, direkt politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen, ist bei einer Online-Beteiligung häufiger das Motiv einer „Symbolpartizipation“ zu finden. Durch die Online-Medien ist es leichter, die sog. „gate-keeper“ des politischen Feldes zu umgehen (Politik, Verwaltung/Verbände/Organisationen, auch Massenmedien), denn fast jeder kann seine Meinung sprichwörtlich „unters Volk“ bringen. Es wird damit häufig versucht, eine alternative

---

<sup>2</sup> Vgl. <http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/index.php?id=493>.



öffentliche Meinung zu bildet, indem mithilfe eines „issue-placements“ Zeichen gesetzt werden, ohne aber tatsächlich auf den politischen Entscheidungsprozess Einfluss nehmen zu wollen (vgl. Ritzi/Schaal/Kaufmann 2012: 14, 25 ff.). Dies ist leichter, als sich tatsächlich im realen Leben zu engagieren, aber die Wirkung ist zumindest häufig zweifelhaft, da hierdurch auf Entscheidungsprozesse auch meistens keine Wirkung erzielt werden kann. Die Meinungsäußerungen verbleiben in der Regel in diffusen digitalen Kommunikationsräumen, wie dies oben in Zusammenhang mit der Kommunikation über soziale Medien wie Facebook und den „persönlichen Öffentlichkeiten“ benannt wurde.

Dieser Befund stimmt bedenklich. Ritzi/Schaal/Kaufmann sehen hierin eine gewisse politische Hilflosigkeit und ein Symptom der viel zitierten Postdemokratie (vgl. Crouch 2008), da das Vertrauen in die Responsivität des politischen Prozesses gering erscheint. Sie konstatieren daher, dass eine Partizipation im Internet die generellen Partizipationsdefizite aktuell nicht kompensieren kann (vgl. Ritzi/Schaal/Kaufmann 2012: 5, 35).

Des Weiteren ist wie oben bereits angedeutet die Inklusivität bei der Online-Kommunikation nicht gewährleistet. Bei den politisch Aktiven im Internet handelt es sich weitestgehend um eine Partizipationselite, die sich ähnlich stark auch auf herkömmlichen Wegen engagiert (vgl. ebd.: 14, 34; Enquete-Kommision "Internet und digitale Gesellschaft": 96).

Allerdings kann das Internet durch „virale Kommunikation“ auch partizipationsförderlicher sein als Offline-Partizipation: So werden Online-Petitionen häufig stärker verbreitet als herkömmliche Petitionen in Papierform (vgl. Ritzi/Schaal/Kaufmann 2012: 24). Und diese sollen in den meisten Fällen explizit politische Entscheidungsprozesse beeinflussen. Wirklich engagieren tun sich hierbei allerdings eher diejenigen, die eine Petition aufsetzen und bis zum Schluss begleiten, weniger die Zeichner, sofern sie sich nicht zusätzlich bei anderen (Offline-)Partizipationsformen wie z.B. Demonstrationen oder innerhalb von Parteien für das Ziel der Petition einsetzen.

Bürgerbeteiligung mittels Online-Kommunikation erscheint daher als alleiniger Lösungsansatz für Beteiligungsdefizite von Planungsprozessen wie der Landschaftsplanung ungeeignet, wenn nicht gleichzeitig die Partizipationsbasis verbreitert und die Rückkopplung an demokratische Entscheidungsprozesse hergestellt bzw. verstärkt wird. Hierzu sind Verknüpfungen der reinen Kommunikationsmittel mit inhaltlichen Belangen und Interessen der breiten Bevölkerung und damit zusammenhängender Entscheidungsbefugnisse nötig. Eine praktische Idee hierzu wird im Artikel über neue Chancen für die Beteiligung der breiten Bevölkerung in der Landschaftsplanung vorgestellt und diskutiert (vgl. Krätzig/von Haaren 2015 [Link] in diesem Band).

## Verwendete Literatur

Beus, Hans Bernhard (2010): Grundzüge für eine deutsche E-Government-Strategie. In: Bernd W. Wirtz (Hg.): E-Government. Grundlagen, Instrumente, Strategien. Wiesbaden: Gabler, S. 255–266.

Brüggemeier, Martin (2006): Organisatorische Gestaltungspotenziale durch Electronic Government. Auf dem Weg zur vernetzten Verwaltung. Berlin: Edition Sigma (E-Government und die Erneuerung des öffentlichen Sektors, 8). Online verfügbar unter [http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=2837665&prov=M&dok\\_var=1&dok\\_ext=htm](http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=2837665&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm).

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

DIVSI (2012): DIVSI Milieu-Studie zu Vertrauen und Sicherheit im Internet. Kurzfassung. Unter Mitarbeit von SINUS. Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet. Online verfügbar unter [https://www.divsi.de/sites/default/files/presse/docs/DIVSI-Milieu-Studie\\_Kurzfassung.pdf](https://www.divsi.de/sites/default/files/presse/docs/DIVSI-Milieu-Studie_Kurzfassung.pdf), zuletzt geprüft am 04.03.2013.

Eikelboom, Tessa; Janssen, R. (2012): Interactive spatial tools for the design of regional adaptation strategies. In: Journal of Environmental Management. Online verfügbar unter: <http://dx.doi.org/10.1016/j.jenvman.2012.09.019>.

Enquete-Kommision "Internet und digitale Gesellschaft": Siebter Zwischenbericht der Enquete-Kommision "Internet und digitale Gesellschaft". Demokratie und Staat. Hg. v. Deutscher Bundestag - 17. Wahlperiode (Drucksache 17/12290). Online verfügbar unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/122/1712290.pdf>, zuletzt geprüft am 06.05.2014.

Evers, Mariele; Jonoski, A.; Maksimovic, C.; Lange, L.; Ochoa Rodriguez, S.; Teklesadik, A.; Cortes Arevalo, J. et al. (2012): Collaborative modelling for active involvement of stakeholders in urban flood risk management. In: Natural Hazards and Earth System Sciences 12. S. 2821–2842. Online verfügbar unter: [www.nat-hazards-earth-syst-sci.net/12/2821/2012/](http://www.nat-hazards-earth-syst-sci.net/12/2821/2012/).

Frost, Ingo/Breaux, Peter (2013): Mittels Webplattform vor Ort aktiv werden. Baumpflanzaktionen mit WikiWoods. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 26 (2), S. 115–119.

Galler, Carolin; Krätzig, Sebastian; Warren-Kretzschmar, Bartlett & Haaren, Christina von (2014): Integrated Approaches in Digital / Interactive Landscape Planning. In: Wissen Hayek, U., Fricker, P. & Buhmann, E. (Hrsg.): Peer Reviewed Proceedings of Digital Landscape Architecture 2014 at ETH Zurich. Herbert Wichmann Verlag, VDE VERLAG GMBH: Berlin/Offenbach. Online verfügbar unter: [http://dla2014.ethz.ch/talk\\_pdfs/DLA\\_2014\\_1\\_Galler.pdf](http://dla2014.ethz.ch/talk_pdfs/DLA_2014_1_Galler.pdf).

Haaren, Christina von; Oppermann, Bettina; Friese, Karl-Ingo; Hachmann, Roland; Meiforth, Jutta; Neumann, Arne et al. (2005): Interaktiver Landschaftsplan Königslutter am Elm. Ergebnisse aus dem E+E-Vorhaben 'Interaktiver Landschaftsplan Königslutter am Elm' des Bundesamtes für Naturschutz. Bonn-Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz.

Jacob, Daniel; Thomas, Manuel (2014): Das Internet als Heilsbringer der Demokratie? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 64 (22-23), S. 35–39.

Kanter, Beth; Fine, Allison H. (2010): The networked nonprofit. Connecting with social media to drive change; Jossey-Bass, San Francisco, USA.

Krätzig, Sebastian; Warren-Kretzschmar, Bartlett (2014): Using interactive web tools in environmental planning to improve communication about sustainable development. In: Sustainability 6 (1): 236-250. Online verfügbar unter: <http://www.mdpi.com/2071-1050/6/1/236/htm>.

Kubicek, Herbert (2010): E-Participation. In: Bernd W. Wirtz (Hg.): E-Government. Grundlagen, Instrumente, Strategien. Wiesbaden: Gabler, S. 195–225.

Leistert, Oliver (2013): Der Beitrag der Social Media zur Partizipation. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 26 (2), S. 39–48. Online verfügbar unter [http://www.fjnsb.org/sites/default/files/downloads/FJSB\\_2013-2\\_leistert.pdf](http://www.fjnsb.org/sites/default/files/downloads/FJSB_2013-2_leistert.pdf), zuletzt geprüft am 10.09.2013.

Lucke, Jörn von; Reiner mann, Heinrich (2000): Speyerer Definition von Electronic Government. Online verfügbar unter <http://foev.dhv-speyer.de/ruvii/Sp-EGov.pdf>, zuletzt geprüft am 15.01.2014.

Macintosh, Ann; Whyte, Angus (2008): Towards an evaluation framework for eParticipation. In: Transforming Government: People, Process and Policy 2 (1), S. 16-30.

Marg, Stine; Geiges, Lars; Butzlaff, Felix; Walter, Franz (2013): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? 1. Aufl. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Oppermann, Bettina (2008): Landschaftsplanung interaktiv! Folgerungen aus der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben "Interaktiver Landschaftsplan Königslutter am Elm". Bonn-Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz.

Oppermann, Bettina (2015): Die Gepflogenheiten der Internetkommunikation, neue und falsche Freunde der Landschaftsplanung. Online verfügbar unter [http://www.umwelt.uni-hannover.de/fileadmin/institut/Forschungsprojekte/ILP\\_Bettina\\_Oppermann\\_Internetkommunikation\\_entwurf.pdf](http://www.umwelt.uni-hannover.de/fileadmin/institut/Forschungsprojekte/ILP_Bettina_Oppermann_Internetkommunikation_entwurf.pdf), zuletzt geprüft am 26.03.2015.

Oppermann, Bettina; Schipper, Simone; Hachmann, Roland; Meiforth, Jutta; Warren-Kretzschmar, Bartlett (2007): Leitfäden zur interaktiven Landschaftsplanung. Bonn: Bundesamt für Naturschutz (Naturschutz und biologische Vielfalt, 40).

Othengrafen, Frank; Sondermann, Martin (2015): Konflikte, Proteste, Initiativen und die Kultur der Planung – Stadtentwicklung unter demokratischen Vorzeichen? In: dies. (Hrsg.): Städtische Planungskulturen im Spiegel von Konflikten, Protesten und Initiativen. Planungsrundschau 23 (im Erscheinen).

Pentzold, Christian; Katzenbach, Christian; Fraas, Claudia (2014): Digitale Plattformen und Öffentlichkeiten mediatisierter politischer Kommunikation. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 64 (22-23), S. 28–34.

Ritzi, Claudia; Schaal, Gary S.; Kaufmann, Vanessa (2012): Zwischen Ernst und Unterhaltung. Eine empirische Analyse der Motive politischer Aktivität junger Erwachsener im Internet. Hamburg: Helmut-Schmidt-Universität. Online abrufbar unter: <http://www.digitale-chancen.de/assets/includes/sendtext.cfm?aus=11&key=997>.

Schulz, Sönke E.; Hoffmann, Christian; Tallich, Maximilian (2012): Anreizsysteme und Instrumente zur Nutzen- und Nutzersteigerung im E-Government. In: Die Verwaltung 45 (2), S. 207–232. DOI: 10.3790/verw.45.2.207.

Selle, Klaus (2013): Mitwirkung mit Wirkung? Anmerkungen zum Stand der Forschung über planungsbezogene Kommunikation und das, was von ihr bleibt. In: pnd|online (2-3). Online abrufbar unter: [http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/2-3\\_2013/selle\\_klaus.pdf](http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/2-3_2013/selle_klaus.pdf).

van Eimeren, Birgit; Frees, Beate (2013): Rasanter Anstieg des Internetkonsums – Onliner fast drei Stunden täglich im Netz. Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2013. In: Media Perspektiven (7-8), S. 358–372. Online verfügbar unter [http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/fileadmin/Onlinestudie/PDF/Eimeren\\_Frees.pdf](http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/fileadmin/Onlinestudie/PDF/Eimeren_Frees.pdf), zuletzt geprüft am 23.09.2013.

Zeile, Peter; Exner, Jan-Philipp; Bergner, Benjamin S.; Streich, Bernd (2013): Humansensorik und Kartierung von Emotionen in der räumlichen Planung. In: E. Buhmann, S. M. Ervin und M. Pietsch (Hg.): Peer Review Proceedings of Digital Landscape Architecture 2013 at Anhalt University of Applied Sciences. Digital Landscape Architecture 2013. Bernburg, 6.-8.6.2013. Anhalt University of Applied Sciences. Berlin/Offenbach: Herbert Wichmann Verlag, VDE VERLAG GMBH, S. 129–141.